



HESSISCHER LANDTAG

02. 09. 2024

Kleine Anfrage

Katy Walther (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 10.04.2024**Mercedes Autohäuser****und**

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

Vorbemerkung Fragestellerin:

Der Automobilkonzern Mercedes-Benz hat Mitte Januar angekündigt, alle konzerneigenen Autohäuser in Deutschland zu verkaufen. Das betrifft auch die hessischen Standorte. Damit sehen die Beschäftigten dort einer unsicheren Zukunft entgegen. Selbstverständlich sind unternehmerische Entscheidungen nicht unmittelbar zu beeinflussen. Im Nachgang einer von Staatssekretär Umut Sönmez besuchten „aktiven Betriebsversammlung“ am 13. März in Darmstadt hat das Hessische Wirtschaftsministerium in einem Instagram-Post angekündigt, „an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stehen, die hart daran arbeiten, die Arbeitsbedingungen bestmöglich, umfassend, langfristig und nachhaltig abzusichern“.

Vorbemerkung Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Ziel der hessischen Wirtschaftspolitik ist es, die Rahmenbedingungen für Unternehmen so zu gestalten, dass sie sich zukunftsfähig aufstellen, dem globalen Wettbewerb stellen und erfolgreich am Wirtschaftsstandort Hessen agieren können. Hierzu gehört auch, dass die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und bestmögliche Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten schaffen und erhalten. Die Landesregierung unterhält Kontakte sowohl zur Arbeitgeber- als auch zur Arbeitnehmerseite, um ihre Entscheidungen profund abwägen zu können.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Hat die Landesregierung mit dem Mercedes-Benz Konzern Kontakt aufgenommen und für den Verbleib der Autohäuser im Konzern geworben?
- Frage 2. Wenn ja: In welcher Form?
- Frage 3. Wenn ja: Welche Gründe für den Verkauf wurden gegenüber der Landesregierung vorgetragen?
- Frage 4. Hat der Wirtschaftsminister mit den Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Gewerkschaften Kontakt aufgenommen oder wurde er eingeladen?
- Frage 5. Wenn ja: In welcher Form?
- Frage 6. Wenn ja: Welche Forderungen und/oder Wünsche wurden seitens der Gewerkschaften gegenüber der Landesregierung geäußert?

Die Fragen 1 bis 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Auf schriftliche Einladung des Betriebsrats hat der Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum, Umut Sönmez, an den Betriebsversammlungen der Mercedes-Benz-Niederlassung in Darmstadt am 13. März 2024 und 6. Juni 2024 teilgenommen, um der Belegschaft seine Solidarität und Unterstützung zuzusichern.

Im Rahmen der Betriebsversammlung hat der Betriebsrat seinen Unmut über den Verkauf der konzerneigenen Niederlassungen in Deutschland deutlich gemacht.

Im Gespräch mit Staatssekretär Sönmez erklärte der Betriebsrat, die Vorstandspläne seien aus seiner Sicht vollkommen inakzeptabel und in keiner Weise nachvollziehbar — insbesondere, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den letzten Jahren zahlreiche Entbehrungen auf sich genommen und mit zahlreichen Zugeständnissen einen substantiellen Beitrag geleistet hätten, um die Profitabilität der Niederlassungen sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf das

vorhandene Know-how, die tiefe Verbundenheit und Loyalität der Belegschaft zu dem Konzern sei man gegen die Verkaufspläne. Das Mindeste sei jedoch neben einer allgemeinen Arbeitsplatzgarantie die Zusicherung, dass bestehende Rahmenbedingungen wie aktuelle Tariflöhne und Mitbestimmungsstrukturen erhalten bleiben. Von der Landesregierung wünscht sich der Betriebsrat, dass sie diesen geplanten tiefgreifenden Veränderungsprozess aufmerksam verfolgt und in engem Austausch bleibt. Hierzu fand ein weiteres Gespräch am 8. Mai 2024 unter Beteiligung von Betriebsratsvertreterinnen und -vertretern aus Darmstadt, Frankfurt und Mainz sowie der IG Metall statt.

Frage 7. Hat die Landesregierung einen Überblick darüber, wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen von den Verkaufsplänen betroffen sind?

Frage 8. Wenn ja: Wie viele?

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Wie auch aus Medienberichten bekannt, sind von den Verkaufsplänen rund 8.000 Personen bundesweit betroffen. Davon entfallen nach Konzernangaben rund 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Niederlassungsverbund Rhein-Main-Neckar, in dem Niederlassungen aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit den Niederlassungen in Hessen zusammengeschlossen sind. Eine nähere Aufschlüsselung liegt der Landesregierung nicht vor.

Frage 9. Wie bewertet der Wirtschaftsminister die Verkaufsabsichten des Konzerns?

Frage 10. Wie bewertet der Wirtschaftsminister die Einflussmöglichkeiten der Landesregierung auf unternehmerische Entscheidungen wie diese — rückwirkend und in die Zukunft gerichtet?

Die Fragen 9 und 10 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Hessische Wirtschaftsminister bedauert die Ankündigung von Mercedes-Benz, alle konzern-eigenen Autohäuser in Deutschland zu veräußern, einschließlich der hessischen Standorte. Dies gilt umso mehr, da der Konzern die geplante Veräußerung nicht mit mangelnder Profitabilität des eigenen Vertriebsgeschäfts begründet. Daher ist der Hessische Wirtschaftsminister der Auffassung, dass es eine Selbstverständlichkeit sei, sich an die Seite der Beschäftigten zu stellen und deren berechnete Forderungen nach Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu den bestehenden Konditionen, zu den neben der aktuellen Tarifbindung auch die Altersversorgung und die starke Mitarbeiterbeteiligung gehören, zu unterstützen. Deshalb erinnert der Hessische Wirtschaftsminister alle Beteiligten an den hohen Wert der Sozialpartnerschaft in Deutschland. Diese ist maßgeblich von gegenseitigem Respekt und der Verantwortung der Arbeitgeber für die Beschäftigten geprägt. Staatsminister Mansoori vertritt die Position, dass das Unternehmen seiner Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht werden muss und appelliert eindringlich an die Konzernspitze, ihre Verkaufspläne noch einmal grundsätzlich zu überdenken. Im Übrigen wird die Landesregierung mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, welche konkreten Ergebnisse die anstehenden Verhandlungen des Konzerns mit den Arbeitnehmervertretern hinsichtlich eines Sozialplanes und Interessenausgleiches im Vorfeld des geplanten Verkaufes ergeben und hierzu im Austausch mit dem Betriebsrat und der Belegschaft bleiben. Bereits am 13. März 2024 und 6. Juni 2024 nahm der Wirtschaftsstaatssekretär Umut Sönmez an den Betriebsversammlungen der Mercedes Niederlassung in Darmstadt teil und signalisierte damit auch, dass die Landesregierung den Kontakt weiterhin aufrechterhält und den gesamten Prozess intensiv beobachtet. Darüber hinaus steht das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum im Austausch mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

Wiesbaden, 26. August 2024

Kaweh Mansoori